

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Antirassistischer Rassismus in Afrika

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1976) : Antirassistischer Rassismus in Afrika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 5, pp. 220-221

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134943>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Antirassistischer Rassismus in Afrika

Schon seit einigen Jahren zieht Afrika zunehmend die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Die wachsende Zahl der z. T. recht kleinen Pseudonationen dieses Erdteils hat es ihren neuen Machthabern ermöglicht, die UNO zur Plattform eines vornehmlich anti-westlichen Rassismus zu machen, den sie – bezeichnenderweise unter dem Applaus der westlichen Völker selbst – als Antirassismus zu plakatieren verstehen. Daß es sich in Afrika meist um Pseudonationen handelt, ergab sich zwangsläufig daraus, daß sie als ehemalige Kolonialgebiete zufällige Ergebnisse aus dem innereuropäischen Machtkampf sind, aber meist keine ethnisch, wirtschaftlich oder politisch lebensfähige Einheiten darstellen. In diesem Zustand wurden sie ohne Vorbereitung in die Freiheit und Selbstbestimmung entlassen, während die europäischen Kolonialmächte sich unter dem Anschein, humanitär und progressiv zu sein, jeder weiteren unmittelbaren Verantwortung entzogen und spornstreichs aus ihren ehemaligen Schutzgebieten verschwanden. Als zweifelhaften Ersatz dafür stellten die westlichen Völker dann ein böses Gewissen zur Verfügung und die Bereitschaft, sich unbegrenzt erpressen zu lassen.

Was blieb den neuen Regierungen der plötzlich verlassenen und zur Freiheit verurteilten Bevölkerung Afrikas anderes übrig als die Chance, die ihnen das böse Gewissen der Europäer bot, auszunutzen. So konnten sie rasch die Entwicklungshilfe zu einem selbstverständlichen Anspruch werden lassen, den heute niemand mehr in der Weltöffentlichkeit zu bezweifeln wagt. Aber Kapital und Technologie, vom Westen bereitgestellt, haben bisher zweierlei nicht bewirken können, was mehr noch als alles andere die wirtschaftliche und politische Entwicklung Afrikas verlangt: den notwendigen Mentalitätswandel, ohne den keine effiziente Wirtschaftsgesellschaft realisierbar ist, und die Überwindung der Stammesgegensätze, ohne die kein ausreichendes Nationalbewußtsein entstehen kann. Zur Lösung des ersten Problems hätte eben ein längeres Verbleiben selbstverantwortlicher europäischer Mandatare in Afrika gehört. Für die Lösung des zweiten Problems hat das böse Gewissen der Europäer es den schwarzafrikanischen Regierungen ermöglicht, das Feindbild vom „weißen Ausbeuter“ dazu zu benutzen, um innere Gegensätze der eigenen Bevölkerung mindestens zeitweilig zu überbrücken und überdies die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von eigenen Machtmißbräuchen abzulenken. Das böse Gewissen machte nämlich „die weißen Ausbeuter“ nicht selten bereit, um so bedingungsloser Hilfe zu leisten, je heftiger sie beschuldigt wurden.

Daß die Entwicklungspolitik nicht nur in vielen afrikanischen Ländern bisher so wenig erfolgreich verlief, ist nicht zuletzt auf diese irrationale Seite der Entwicklungshilfe zurückzuführen. Denn der Mensch ist nun einmal – und darin unterscheiden sich die Völker der Welt wohl am wenigsten voneinander – ein Vorwand suchendes Wesen. „Kolonialistische Vergangenheit“, „Neokolonialismus“ oder „Rassenherrschaft“ liefern nur zu willkommene Reizworte, um unbequeme Realitäten zu verschleiern. Inzwischen ist aber zweierlei offensichtlich geworden: Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage der westlichen Industrievölker muß zunehmend ihre Fähigkeit und Bereitschaft für Entwicklungshilfe schrumpfen lassen; und die Entwicklungsländer erfahren immer deutlicher am eigenen Leibe, was jeder Realist von vornherein hätte wissen können, daß der Mentalitätswandel, zu dem Europa Jahrhunderte brauchte, von ihnen nicht von heute auf morgen nachgeholt werden kann. Aber noch reicht

die Ernüchterung infolge der emotionalen Grundstimmung und wegen der politischen Schwäche vieler afrikanischer Regierungen nicht aus, um realistische und auf die Dauer tragbare Konsequenzen daraus zu ziehen. Noch scheint vielen weiterhin reizvoll und hilfreich zu sein, im Namen des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung die Liquidierung der letzten weißen Herrschaftsenklaven im südlichen Afrika zu erzwingen, zumal deren noch unzerstörter Reichtum auch materielle Hilfe aus der Not zu versprechen scheint. Die jüngsten Erfahrungen in Mozambique und Angola sollten allerdings skeptisch stimmen.

Was nämlich die emanzipatorische Polemik von Freiheitskämpfern, die auch die öffentliche Meinung des Westens weitgehend beherrscht, fast immer unbeachtet läßt, ist, daß alle Befreiungsbewegungen, ob sie nun sozialer, völkisch nationaler oder rassistischer Herkunft sind, nicht schlechthin befreien, sondern nur zu einem Herrschaftswechsel führen. Die Frage ist also immer: Ist die neue Herrschaft besser als die alte? Gerade das Verhalten ungeduldiger radikaler Revolutionäre, welche die Mittel durch den Zweck heiligen, läßt aber von vornherein erkennen, daß es ihnen mehr um das Ausleben ihrer persönlichen Aggressivität und um die eigene Machteroberung als um die Herbeiführung humanerer Verhältnisse geht. Deshalb ist es so unsinnig, wenn heute eine terroristische Swapo als legitimer Vertreter der schwarzen Bevölkerung für Südwestafrika anerkannt wird, legitime Stammesführer selbst aber, wenn sie sich zu Verhandlungen an einen Tisch mit Weißen setzen, als Kollaborateure diffamiert werden. Ein Machtwechsel rechtfertigt sich nur durch das, was er bewirkt. Zu einer humanitären Rechtfertigung gehört aber mindestens die optimale Kombination von dreierlei: (1) der humanitären Behandlung auch von Minderheiten, (2) der Verbesserung der sozialen Verhältnisse und des Lebensstandards der Massen und (3) der gleichen Beteiligung aller an der Regierung.

Was den *ersten* Punkt anlangt, so hat sich gezeigt, daß in vielen Gebieten Schwarzafrikas nach Abzug der Weißen die einheimische Bevölkerung weit mehr als je zuvor unter dem rücksichtslosen Umgang ihrer nun neuen Machthaber zu leiden hatte. Und es ist nicht zufällig, daß dies für diejenigen Länder am meisten zutrifft, die am wenigsten bereit waren, im eigenen Lande noch mit europäischen oder asiatischen Minderheiten zu kooperieren. Im übrigen ist solchen Minderheiten ein Verbleiben in Afrika schon dann nicht zumutbar, wenn ihr Lebensstandard wesentlich unter das Niveau sinkt, das für sie in ihrem Heimatland oder anderswo möglich wäre. Dies berührt bereits den *zweiten* Punkt, nämlich die wirtschaftliche Entwicklung. Denn die Enteignung emigrierender Fremder dürfte selten ein Äquivalent für ihren künftig ausfallenden Leistungsbeitrag sein. Die Rationalisierungsaufgaben, vor denen ein Entwicklungsland in Wirtschaft und Verwaltung steht, verlangen eben jenen Mentalitätswandel, zu dem Europa Jahrhunderte brauchte und zu dem Afrika wohl mindestens einige Generationen brauchen wird. In der Zwischenzeit sind daher fremde Minderheiten unentbehrlich, will man überhaupt vorankommen. Ein Exodus solcher Minderheiten ist aber in Afrika (vielleicht von einigen frankophonen Gebieten abgesehen) bisher immer die Folge schwarzer Mehrheiten gewesen.

Schon deshalb sollte man den *dritten* Punkt, die politische Demokratisierung nach westlichem Muster, nicht übereilt und um jeden Preis verwirklichen wollen. Außerdem hat dieses Muster bisher in Afrika kaum irgendwo funktioniert, sondern ist durch Militärregime und Ein-Parteien-Systeme ersetzt worden. Es spricht vieles dafür, daß sich die Mehrparteien-Demokratie auch auf längere Sicht in Schwarzafrika nicht durchsetzen wird. Manches deutet darauf hin, daß die oberste Vertretung der dort neu zu bildenden Völker sich am besten von den Stammesverbänden her organisieren läßt. Insofern ist die Idee, Südwestafrika mit der Aufteilung in verschiedene Stammesgebiete neu zu organisieren, durchaus erwägenswert, und auch die Konzeption der südafrikanischen Regierung, mit der Entwicklung von Homelands eine Art Bundesstaat vorzubereiten, sollte im Westen endlich ernst genommen werden – wenn auch kein Zweifel darüber bestehen darf, daß die „kleine Apartheid“ sowie ein Verbot der Rassenmischung, das mit dem Strafgesetzbuch operiert, endgültig verschwinden müssen.

Im Lichte solcher Überlegungen fragt man sich, in wessen Interesse eigentlich die westliche Welt den Rassismus Schwarzafrikas moralisch unterstützt, anstatt ihm durch Antikritik und diplomatischen und wirtschaftlichen Gegendruck paroli zu bieten? Man vernachlässigt damit nicht nur die Interessen weißer Minderheiten im südlichen Afrika, sondern ebenso sehr die der schwarzen Mehrheiten, um von der strategischen Situation des Westens ganz zu schweigen. Es wird höchste Zeit, daß die westliche Welt wieder das Gesetz des Handelns an sich bringt, das sie seinerzeit durch eine überstürzte Entkolonialisierung verloren hat.